

# Unsichtbar zwischen zwei Welten

**Sans-Papiers** In der Schweiz leben bis zu 100'000 Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus, viele von ihnen haben Kinder. Wie lebt man als Familie im Verborgenen?

**Nina Jecker**

Der erste Schultag der siebenjährigen Mai (Name geändert) Mitte August war ein Tag, den ihre Eltern mit Freude und Angst zugleich erwartet hatten. Ihr Kind geht nun offiziell in eine Basler Primarschule – obwohl es gar nicht in der Schweiz sein dürfte. Mai und ihre Eltern sind Sans-Papiers aus Zentralasien, Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus, die für die Behörden unsichtbar bleiben müssen.

Die Mutter, in diesem Text nennen wir sie Anh, empfängt in ihrer kleinen Wohnung in Basel. Von aussen sieht das Gebäude etwas heruntergekommen aus, das Innere der Wohnung aber ist blitzblank geputzt. Die Unterschrift auf dem Mietvertrag ist nicht die von Anh oder ihrem Mann, sondern die einer bekannten Person, die legal in der Schweiz lebt.

Anh erinnert sich noch gut an den Moment der Schulanmeldung für ihre Tochter. Als Sans-Papiers muss man das proaktiv machen, da die Behörden von der Existenz der Kinder nichts wissen. «Am Anfang hatte ich grosse Angst», erzählt sie. Was, wenn die Schule ihre Daten an die Migrationsbehörden weitergibt? Erst nach Gesprächen bei der Basler Anlaufstelle für Sans-Papiers wagten die Eltern den Schritt. Heute sitzt das Mädchen mit den anderen Kindern im Klassenzimmer – und weiss nichts davon, dass es «illegal» ist.

Noch vor wenigen Jahrzehnten mussten die Kinder von italienischen Gastarbeitenden, die ebenfalls nicht in der Schweiz leben durften, komplett im Verborgenen aufwachsen. «Die Schweiz hat aus dem Drama der Saisonnierkinder teilweise gelernt», sagt Katharina Boerlin von der Anlaufstelle für Sans-Papiers, wo jährlich rund 600 Personen beraten werden. Heute gilt das Grundrecht auf Bildung unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

## Kein Lehrvertrag ohne Papiere

Die Bildungsbehörden dürfen Sans-Papiers-Kinder nicht den Migrationsämtern melden. Schwierig werde das in kleinen Gemeinden, sagt Boerlin. Dort, wo eine einzige Person für beides zuständig sei. In der Vergangenheit hat die SVP auf nationaler Ebene ausserdem versucht, zu verhindern, dass ein Schulbesuch möglich ist, ohne dem Migrationsamt gemeldet zu werden, hatte damit aber keinen Erfolg.

Für die Kinder eröffnet sich mit dem Recht auf Bildung eine Zukunft, die über die Schulzeit hinausgeht. Der Besuch eines Gymnasiums oder einer Universität ist möglich, für eine Berufslehre benötigen die Jugendlichen jedoch einen Arbeitsvertrag, den man ohne Papiere nicht bekommt. Hier wurden die Regeln dahin gehend gelockert, dass man eine Härtefallregelung bekommen kann, die den Aufenthalt in der Schweiz bis zum Lehrabschluss ermöglicht. Danach müssen die jungen Menschen das Land verlassen.

Anhs Tochter lebt derzeit noch unbeschwert. Sie spricht Baseldeutsch, hat Freundinnen gefun-



Die Mutter der siebenjährigen Mai, eine Sans-Papiers aus Basel, hofft auf eine Härtefallbewilligung. Foto: Nicole Pont

den und besucht die Schule mit Freude. Aber sie spürt manchmal, dass für ihre Familie etwas anders ist. Oft fragt sie, warum sie nie in die Ferien fahren. «Sie versteht nicht, warum wir nicht reisen können. Nicht mal nach Deutschland zum Einkaufen fahren wir, das wäre viel zu riskant», sagt die Mutter.

## Der Umzug nach Basel für ein gesundes Kind

Das Leben im Verborgenen begann für die Familie vor acht Jahren. Die Mutter, heute Mitte vierzig, hatte in ihrer Heimat bereits zwei Fehlgeburten erlitten. Weil die medizinische Versorgung dort schlecht sei, habe sie sich entschieden, die dritte Schwangerschaft in der Schweiz zu verbringen. «Ich wollte, dass dieses Kind auf die Welt kommen kann.» Über die Anlaufstelle für Sans-Papiers fand sie

## Nach aussen wirkt der Alltag der Familie normal. Doch die Angst ist stets präsent.

in Basel eine Krankenkasse und eine Gynäkologin. 2018 kam ihre Tochter zur Welt.

Das Touristenvisum war da längst abgelaufen, zurückgehen jedoch keine Option für Anh: «Das wäre kein gutes Leben für unser Kind.» Doch der Start war hart. Während der Coronapandemie war sie mit dem Baby allein in Basel in einem kleinen Zimmer. Der Vater, der noch in der Heimat gearbeitet hatte, sass dort fest. Eine ältere Landsfrau

brachte Mutter und Kind Essen und half auch sonst beim Nötigsten.

Heute arbeitet Anh sechs Tage pro Woche in der Gastronomie, vermittelt über Bekannte. Der Vater, der nach der Aufhebung der Coronaeinschränkungen nachreiste, kümmert sich um die Tochter. Nach aussen wirkt der Alltag der Familie normal. Doch die Angst ist stets präsent. «Wir müssen immer unauffällig bleiben», sagt die Mutter. «Nie schwarzfahren, nie bei Rot über die Strasse gehen.» Eine einzige Frage nach dem Ausweis könnte die Abschiebung bedeuten.

## Die ständige Angst vor den Migrationsbehörden

Anh erzählt von einem Erlebnis auf einem Spielplatz, auf dem sie mit Mai war: Zwei Männer gerieten in eine Schlägerei, kurz darauf rückte die Polizei an. «Sie bil-

deten einen Kreis, kontrollierten Leute. Mein Herz raste, und ich zitterte», erinnert sie sich. Damals war sie überzeugt, dass ihre Tochter und sie gleich auffliegen würden, doch die beiden kamen noch einmal davon.

In der Stadt Zürich können Menschen wie Anh in solchen Momenten vielleicht künftig die Züri-City-Card vorzeigen. Die Stimmbevölkerung hat dort 2022 rund drei Millionen Franken Kredit gesprochen, um eine Identitätskarte für alle auszuarbeiten, auf der man unter anderem auch ÖV-Abos und Badi-Karten vereinigen könnte. Der Gedanke dahinter: Wenn sich möglichst viele Personen mit der Züri-City-Card statt mit Pass oder Identitätskarte ausweisen, kann die Polizei keine Rückschlüsse mehr auf den Aufenthaltsstatus ziehen.

In der Schweiz leben Schätzungen zufolge zwischen 50'000

und 100'000 Sans-Papiers. Viele von ihnen stammen aus asiatischen Ländern wie Anh und ihre Familie. Eine grössere Zahl kommt auch aus Südamerika, insbesondere Brasilien. Manche kommen für befristete legale Jobs in die Schweiz und bleiben danach hier. Andere reisen mit einem Touristenvisum ein und tauchen dann ab. Die Motivation ist fast immer, Geld zu verdienen, häufig, um die Familie im Herkunftsland zu unterstützen. Die Jobs werden meist von anderen Sans-Papiers vermittelt, die bereits hier sind. Dieses Netzwerk hilft auch dabei, an Wohnungen sowie an weitere Unterstützung zu kommen.

Die meisten Sans-Papiers arbeiten auf Baustellen, in der Gastronomie oder als Putzkräfte und Pflegehilfen in Privathaushalten. Nicht alle von ihnen werden fair behandelt. So auch Anh, die im vergangenen Jahr für eine Frau arbeitete, die ihre Situation ausnutzte. «Mir ging es viele Monate gar nicht gut, auch gesundheitlich», sagt sie. Stress, Schlaflosigkeit und psychosomatische Beschwerden sind laut Katharina Boerlin weitverbreitet. Wer sich wehrt, riskiert, entdeckt zu werden. «Man kann nicht einfach zur Behörde gehen und sich beschweren. Das wissen auch die Arbeitgeber», sagt Boerlin.

## Anh hofft auf eine Härtefallbewilligung

Für Anhs Familie könnte sich die Situation in zwei Jahren ändern: Dann dürfen sie ein Gesuch um eine Härtefallbewilligung stellen, die einen legalen Aufenthalt ermöglichen würde. Die Voraussetzungen dafür sind im Ausländergesetz national geregelt und umfassen unter anderem die Integration, die Respektierung der Rechtsordnung, die Möglichkeiten für eine Wiedereingliederung im Herkunftsstaat, die Familienverhältnisse, die Dauer des bisherigen Aufenthalts sowie die finanziellen Verhältnisse.

Familien mit eingeschulden Kindern können nach fünf Jahren in der Schweiz ein solches Gesuch einreichen, alle anderen nach zehn. Die Beratungsstelle in Basel reicht Anträge zunächst anonym bei den Behörden ein. Eine Praxis, die nicht in allen Kantonen möglich ist. Erst wenn es realistische Chancen gibt, müssen die Betroffenen ihre Identität offenlegen. «Wir reichen aber grundsätzlich nur Gesuche ein, bei denen wir überzeugt sind, dass sie eine Chance haben», erklärt Boerlin. Denn wer einen negativen Bescheid erhält, wird abgeschoben.

Auch eine Härtefallbewilligung bleibt eingeschränkt. Sie verlangt Erwerbstätigkeit und untersagt Sozialhilfe. Straffälligkeit würde zum Entzug führen. Anh will sich gut auf diesen Schritt vorbereiten. Sie braucht dann einen legalen Job, eine Wohnung auf ihren eigenen Namen, und sie wird Steuern zahlen.

Für die Tochter würde eine Bewilligung bedeuten, dass sie auch weiterhin in Basel aufwachsen würde wie ihre Freundinnen. Bis dahin bleibt sie ein Kind zwischen zwei Welten: in der Schule selbstverständlich dabei, aber unsichtbar für die Behörden.